

Gemeinde Muldestausee

Beschlussantrag Nr.: 244/2016

I / 9

☒ öffentlicher Teil

☐ nichtöffentlicher Teil

Sachbearbeiter:	Babett Stolze	Beteiligtes Fachamt:
Federführende Stelle:	Finanzwesen	

Beratungsfolge				
Gremium		Datum	dafür	dagegen
Ortschaftsrat Burgkernitz				
Ortschaftsrat Friedersdorf				
Ortschaftsrat Gossa				
Ortschaftsrat Gröbern				
Ortschaftsrat Krina				
Ortschaftsrat Muldenstein				
Ortschaftsrat Mühlbeck				
Ortschaftsrat Plodda				
Ortschaftsrat Pouch				
Ortschaftsrat Rösa				
Ortschaftsrat Schlaitz				
Ortschaftsrat Schmerz				
Ortschaftsrat Schwemsal				
Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur, Jugend und Sport				
Bau- und Vergabeausschuss				
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	23.11.2016	x	
Gemeinderat	Beschlussfassung	07.12.2016		

Kurztitel:

Inanspruchnahme der Übergangsfrist für die Umsatzbesteuerung bis zum 31.12.2020

Beschlusstext:

Der Gemeinderat der Gemeinde Muldestausee beauftragt die Bürgermeisterin, gegenüber dem zuständigen Finanzamt eine Erklärung nach § 27 Abs. 22 UStG mit nachfolgendem Inhalt abzugeben:

Hiermit erklärt die Gemeinde Muldestausee, dass entsprechend § 27 UStG f.f. für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeübte Tätigkeitsbereiche und den damit verbundenen steuerbaren Leistungen § 2 Abs. 3 UStG in der Fassung vom 31.12.2015 zur Anwendung kommen soll.

Erläuterung:

Nach der bisherigen Rechtslage des § 2 Abs. 3 Umsatzsteuergesetzes (UStG) waren juristische Personen des öffentlichen Rechts grundsätzlich nur im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art umsatzsteuerpflichtig. Mit dem Steueränderungsgesetz 2015 wurde die umsatzsteuerliche Unternehmereigenschaft der öffentlichen Hand in Form des § 2b UStG neu geregelt. Die Gemeinde wird damit umsatzsteuerpflichtig mit allen ihren unternehmerischen Leistungen.

Ausnahmen hiervon regelt der neue § 2b UStG im Hinblick auf Leistungen im Rahmen der öffentlichen Gewalt. Diese Prüfung ist sehr personal- und zeitintensiv. Darüber hinaus sind seitens der Bundesfinanzverwaltung noch viele Fragen abschließend zu klären. Deshalb empfiehlt der Städte- und Gemeindebund von der eingeräumten Übergangsfrist Gebrauch zu machen.

Ein entsprechender Antrag ist bis zum 31.12.2016 beim zuständigen Finanzamt zu stellen.

Finanzielle Auswirkungen:

a) einmalig:

b) als Folgekosten (nach Jahresscheiben):

c) Haushaltsstelle, Sachkonto, Produkt:

Anlagen:

Datum und Unterschrift Bürgermeisterin Petra Döring